

Die „Objektivität“ der Kriegsgerichte.

Maßregelung eines Belastungszeugen.

Die der „Vorwärts“ meldet, ist der Offizierstellvertreter Dahlheim des Marburger Reichwehrcorps, der bereits im 14. Dienstjahr steht und bei den Kriegsgerichtsverhandlungen gegen die studentischen Zeitfreiwilligen als Belastungszeuge aufgetreten war, am Montag von dem Bataillonskommandeur Reinhard von Schenk auf Schweinsberg seines Postens entlassen worden. Begründet wurde dieses Vorgehen durch den Major damit, daß Dahlheim erstens gegen das Offizierkorps Stellung genommen habe und zweitens, daß infolge seiner Beteiligung an den Kriegsgerichtsverhandlungen gegen die Marburger Zeitfreiwilligen ein Teil der Unteroffiziere seine Entlassung fordere.

Was die Stellungnahme gegen das Offizierkorps betrifft, so handelt es sich um einen Bericht Dahlheims über das Verhalten einiger reaktionärer Offiziere während der Rapp-Tage, der auf Veranlassung des Abgeordneten Prof. Schäding, Marburg, dem Reichswehrministerium zugegangen ist. Was die zweite Forderung anlangt, so kann es sich bei „einem Teil der Unteroffiziere“ höchstens um einen reaktionären Oberjäger handeln, dem ebenso wie dem Major das energische, verfassungstreue Auftreten des Offizierstellvertreters Dahlheim ein Dorn im Auge ist.

Diese Maßregelung eines Belastungszeugen ist ein neuer Beweis für die weitergehende Verschönerung zur Freisprechung der Marburger Räter. Man lese im übrigen nur den folgenden Bericht des Rechtsanwalts Dr. Liebnecht:

Ich habe der Marburger Verhandlung am 17. und 18. d. Mts., ferner am 19. des zum Schluß des Plädoyers des Anklagevertreters im Auftrage der Hinterbliebenen der Ermordeten beigegeben. Die vom Verteidiger der Angeklagten im Prozeß, zu denen Gunst in der Presse erlassenen Erklärung veranlaßt mich, aus dem von mir während der Verhandlung gesammelten Material folgendes herauszugreifen:

1. Der Anklagevertreter hat in seinem Plädoyer erklärt, miltärischerseits sei von Anfang an alles getan worden, um Wahrheit und Klarheit zu schaffen. Tatsächlich war das einzige, was miltärischerseits zunächst geschah, die Anordnung, daß die Leichen am Montag beerdigt werden sollten, eine Maßregel also, die in hohem Maße geeignet war, der Verbunkelung des Tatbestandes zu dienen. Tatsächlich sind denn auch die Leichen abgeholt worden, ohne daß vorher eine Festlegung des Leichensandes oder auch nur eine Bestätigung des Todes erfolgt wäre. Erst dem energischen Einspruch des Landtagsabgeordneten Ludwig gelang es, die Beerdigung der Leichen am Montag zu verhindern und ihre Exhumation durchzuführen. Dagegen ist die Verhaftung der Beschuldigten unterblieben.

2. Die Sicherung des Transportes der Gefangenen hätte verlangt, daß sie in der Mitte der Kolonne geführt wurden. Statt dessen wurden sie im Rücken hinter den Schluß der Kolonne gesetzt, angeblich aus Sicherheitsgründen, weil Kämpfe erwartet wurden. Dabei war nach Aussage des Adjutanten Balbus der Truppe vor dem Vormarsch von der Brigade mitgeteilt worden, daß größere Kampfhandlungen nicht zu erwarten seien und der Stützpunkt nach Gotha sich vorwiegend ungesichert verhalten werde. Selbst wenn man aber mit Kampfhandlungen rechnete, war das kein Grund, die Gefangenen nach hinten die Dagege und sogar im Rücken hinter diese zu setzen, denn Angriffe hätten ebenso gut von vorn aus den hinteren Reihen kommen können. Die beste Sicherung war deshalb immer in der Mitte der Kolonne.

3. Aus dem so im Rücken hinter dem Schluß der Kolonne marschierenden Gefangenentrupp wurde dann auf Befehl des Anklagevertreters der angeblich als besonders gefährlich betrachtete Gefangene Hornschuh herausgezogen und allein und im Rücken von den anderen Gefangenen durch die drei Angeklagten Kraus, Engelbrecht und Jahn transportiert. Errieter vor, die beiden letzteren hinter ihm gehend.

Schon die Maßregel zu 1 deutete auf den geplanten Mord hin; die zu 2 ist auf andere Weise nicht zu erklären.

4. Es ist unrichtig, daß der Sachverständige Jänide angegeben hätte, Hornschuh habe den — sofort tödlichen — Herzschlag von vorn empfangen, nachdem sein Körper durch einen anderen Schuß herumgeworfen worden sei. Demgemäß hat auch der Anklagevertreter die Entlassung der Angeklagten nur durch die Konfraktion versucht, daß, als die Schüsse hinten gefallen seien, der vormalige Angeklagte Kraus sich schnell umgedreht und ebenfalls getroffen habe. Diese Konjektur wäre aber nur möglich, wenn die Leiche zwischen den drei Begleitern gelegen hätte, mit ihrer wackeligen Lage, 2,80 Meter abseits der Straße, ist sie unvereinbar. Die Lage der Leiche in Verbindung mit den Verletzungen, die sie aufweist, ergibt vielmehr zwingend, daß Hornschuh genau so vom Wege abgedrängt und dann abgetötet worden ist, wie man es mit dem Zeugen Kraus nach dessen Aussage vertritt hat.

5. Als letzte sollten nach der Darstellung der Angeklagten acht Gefangene gleichzeitig ausgebrochen sein und zwar je zwei nach rechts und links, vier geradwegs laufend und dann in eine Seitenlinie einbiegend. Die Leiden aller acht lagen bis zu 75 Schritt von einander entfernt. Zwei bekommen etwas rechts, zwei bekommen etwas links der Straße, die anderen vier etwas in einem Seitengang. Diese vier in einem Raum von etwa zwei Meter im Quadrat, einer von ihnen (Karl Hüller), mit auf der Brust gefallenen Händen, auf dem Rücken, der Kopf nach der Straße zu liegend. Zwei andere auf der Seite, die Hände unter einer Wange, alle mit getrümmerten Schädeln, einer mit

einem dem Körper in der Längsrichtung vom rechten Schüsselbein bis zum rechten Kreuzbein durchdringenden Schuß. Der Sachverständige Jänide hat nun zwar ganz abstrakt erklärt, daß die Lage der Leiche eines Erschossenen von allerlei Zufälligkeiten abhängig und deshalb an sich einen Schluß auf die Stellung und Bewegung des Körpers bei Empfang des Schusses nicht zulasse und daß es sogar, wenn auch ungewöhnlich sei, daß jemand, da die tödliche Kugel von hinten auf der Brust getroffen, mit auf der Brust gefallenen Händen und auf dem Rücken der Richtung des Schusses entgegengelehrt liegen gefunden werde. Er hat es aber nicht unterlassen, darauf einzugehen, inwiefern diese abstrakte Möglichkeit mit dem vorliegenden konkreten Sachverhalt, das ist den Verletzungen Karl Hüllners, insbesondere dem getöteten Schädel vereinbar war. Uebrigens hat er ebenso wie der von der Verteidigung geladene Sachverständige Schröder sich mit allgemeinen Möglichkeiten begnügt, jede kritische Untersuchung des einzelnen konkreten Tatbestandes, wie sie doch bei der Bedeutung der Sache unabweisbar war, unterlassen.

6. In der Verhandlung ist mehrfach zur Sprache gekommen, daß Zeitfreiwillige ihren Unwillen über ungenügende Anwendung bzw. die Aufhebung des Standrechtes geäußert haben.

Richtig ist, daß der Angeklagte Jahn erklärt hat, Kapitän von Seidow habe bei einer Führerverammlung geäußert, man müsse sich den Reichshandpunkt wahren. Richtig ist aber auch, daß von anderer Seite behauptet wurde, von Seidow habe erklärt, man müsse bei den Erschießungen den Schein des Rechts wahren. Richtig ist ferner, daß einer der Zeugen (Leutnant Rammel) sich für diesen Wortlaut auf einen Zeugen, den er nennt, berufen hat, bezog, der die Vernehmung des Kapitänleutnants von Seidow stenographiert habe, und daß das Gericht auf diesen Zeugen nicht eingegangen ist.

7. Unrichtig ist, daß der Sergeant Wagner seine früheren Angaben eingeschränkt hätte, er hat sie vielmehr aufrechterhalten und insbesondere die Verhörlösungen der Gefangenen bestätigt. Richtig ist auch, daß der Führer der 6. Studentenkompagnie, Leutnant Galens, erklärt hat, er und seine Leute seien über die rohe Behandlung der Gefangenen durch den Angeklagten Göbel und seine Mannschaften auf die äußerste Empörung gewesen, er habe auch gesehen, daß Göbel nach einem Gefangenen getreten habe.

8. Wenn prozessualen Gebrauch zuwider sind zunächst fast die sämtlichen Belastungszeugen vernommen worden, darunter insbesondere auch die nicht mitangeklagten Angehörigen des Göbelschen Gefangenentransportkommandos, diese haben sämtlich, insbesondere auch jede Verhörlösung Gefangener in Abrede gestellt, trotzdem die Äußerung der Vorstehende nach der Vernehmung des letzten von ihnen, er trage keine Leiden, sie zu verzeihen und er hat sie auch sofort und ohne Widerspruch des Anklagevertreters verurteilt, obwohl diese Leute nach der ganzen Sachlage der Mitschuld dringend verdächtig waren, obwohl die Belastungszeugen noch nicht gehört waren und obwohl der Vorstehende aus den Akten wissen mußte, daß gerade im Punkt der Verhörlösung von anderen unbestätigten Zeugen widersprechende Angaben gemacht werden würden.

9. Obwohl einige Zeugen die Verhörlösung der Gefangenen bestritten hätten, lehnte der Vorstehende ein Eingehen auf diese Aussagen ab, die Vernehmung weiterer Zeugen mit dem Bemerkten ab, das habe ja mit der zur Verfügung stehenden Zeit nichts zu tun. Dies geschah, obwohl es für jeden Unbefangenen klar sein muß, daß mit dem Rücktritt, daß die Mitglieder des Transportkommandos (sien sie Angeklagte, seien sie Zeugen) in diesem Punkt gelogen hätten, auch für die Vernehmung ihrer übrigen Angaben von ausschlaggebender Bedeutung sein muß. Dabei kam auch in Betracht, daß nach der Vernehmung des Professor Dr. Meumling vor dem Prozeß in der Marburger Studentenschaft die Auffassung allgemein propagiert wurde, man müsse in diesem Prozeß gegen die Weiblichkeit zusammenhalten.

10. Obwohl der Sergeant Wagner wie der Gefreite Berth haben eidlich bezeugt, nachdem hinten Schüsse gefallen, sei der gefreiwillige Student Schwanmann nach hinten zum Göbelschen Gefangenentransport gelassen und habe nach seiner Rückkehr geäußert, die Gefangenen würden nicht auf der Straße erschossen, es werde den Leuten vielmehr gesagt, sie sollten von der Straße herunter und dann würden sie erschossen, damit es den Anführer der Mord habe.

11. Als der abgefragte der nicht angeklagten Weiblichkeit Schwanmann vernommen Student Ruhe sich bei seiner Aussage darauf beschränkt hatte, daß Hornschuh zurückgerufen worden sei, und nur einiges Unklarhaftes hinzugefügt hatte, äußerte der Vorstehende wörtlich zu ihm: „Nacher sind zwei Leute links hinausgeschoben und etwas abseits des Wegs erschossen worden. Haben Sie das gesehen?“ Er unterstellte also — von der suggestiven Wirkung der Fragestellung ganz abgesehen — die angebliche Mord der Gefangenen also schon in diesem Moment als Tatsache.

12. Richtig ist endlich, daß, als der Zeuge Schwanberg äußerte, er glaube, in einem der Angeklagten einen Mann wiederzuerkennen, der dabei gewesen sei, als in Thal das Auto mit dem Beschuldigten eingefahren sei, als der betreffende Angeklagte das Gestirn und der Zeuge darouffhin äußerte, er glaube, er könne sich nicht läuschen, der Vorstehende in erregtem Ton zu ihm äußerte: „Gleich täuschen Sie sich; Sie hören doch, daß er (der Angeklagte) sagt, er war überhaupt nicht dabei.“

Berlin, den 24. Juni 1920.

Theodor Diekmann, Rechtsanwalt.

Die Entschaffungsfrage bestimmte technische Auskünfte zu erhalten wünschte, die ihm nur dort erteilt werden konnten. Im Gegensatz zu diesen Instruktionen hat die Pressefelle des Reichswehrministeriums ihre Befugnisse in unerlaubter Weise überschritten und an Stelle technischer Informationen die politischen Geheimnachrichten dem amerikanischen Korrespondenten übermittelt, zu deren Verbreitung es nicht die geringste Berechtigung hatte. Wir müssen verlangen, daß die Reichsregierung sich noch darüber äußert, was sie zu tun gedenkt, um ihren Anordnungen über die Information der Auslandspresse auch im Reichswehrministerium Geltung zu verschaffen. Das Treiben der Offiziere im Reichswehrministerium in der Verbreitung von frei erfundenen Epithelmeldungen hat einen Umfang angenommen, der für die Behörden selbst eine Gefahr bedeutet, so daß einzelne sich bereits zu Abwehrmaßnahmen genötigt sehen. Das Reichswehrministerium durchkreuzt nicht nur nach Belieben mit seiner antilöschwissenschaftlichen Seite alle Klänge des auswärtigen Amtes, es versucht systematisch durch Falschmeldungen die Bevölkerung zu heintrüben.

Der Sinn und Zweck dieser ganzen Sache, die seitlich mit der Entschaffungsfrage zusammenfällt, ist leicht erkennbar. Die Militärbehörden in dem 200 000 Mann Heer ihr Organ für ihre konterrevolutionären Bestrebungen zu verlieren, und können sich deshalb nicht, die Öffentlichkeit durch eine antilöschwissenschaftliche Seite systematisch irreführen.

Präsidentenwahl im Reichstag.

Loebe Präsident. — Dittmann, Bell, Dietrich Vizepräsidenten.

Zum Präsidenten des Reichstags wurde in der Sitzung am Freitag Abg. Loebe (Soz.) mit 307 von 420 abgegebenen Stimmen gewählt.

Loebe eröffnete sein Amt mit einer kurzen Ansprache, in der er um freundliche Rücksicht und tätige Mitwirkung der Kollegen bei der parlamentarischen Arbeit wußte. Die Verhandlungen möglichst zu verkürzen, die großen Schwierigkeiten, in die der Krieg unser Land und das deutsche Volk geführt hat, und die noch lange nicht überwunden sind, werden ihren schmerzlichen Niederschlag in diesem Saale finden und ihnen und jeden Augenblick vor tausendfachen Situationen stellen. Wir werden ihrer umso eher Herr werden, soweit das in diesem Saale überhaupt möglich ist, wenn jeder Einzelne noch das noch seiner Überzeugung weite Freiheit, mit uns alle gemeinsam aber bewußt, die äußerlichen Vorbedingungen dafür zu schaffen, daß fremde und eigene Meinungen ungehindert hier vertreten werden können. Loebe schloß mit einem Dank an den Präsidenten der Nationalversammlung Scheubach und an den Vizepräsidenten Bell.

Zum ersten der drei mit gleichen Rechten ausgestatteten Vizepräsidenten wird dann der Genosse Dittmann mit 280 von 397 abgegebenen Stimmen gewählt.

Zweiter Vizepräsident wird mit 256 von 367 abgegebenen Stimmen Dr. Bell (Zit.).

Dritter Vizepräsident wird der Abg. Dietrich-Prenzlau (Dnt.). Für ihn stimmen 260 von 384. Die Zahl der weißen Stimmblätter beträgt 83.

Nach der Wahl Dittmanns hatte Ledebour darauf aufmerksam gemacht, daß das Stimmenergebnis beweise, daß die Parteien der Rechten die ursprüngliche Bezeichnung, nach der die Parteien einstimmig für die vorgeschlagenen Kandidaten stimmen sollten, nicht eingehalten hätten. Die Unabhängigen gaben deshalb bei der Wahl Dietrichs weiße Stimmblätter und protestierten durch den Mund Ledebours auch gegen die Jurisprudenz der Schriftführer. Das Ergebnis der Schriftführerwahl wird nach Schluß der Sitzung festgestellt.

Die nächste Sitzung findet am Montag, den 28. Juni, vormittags 11 Uhr, statt. In ihr wird der Reichstagsrat nach dem Inhalt des Programms der neuen Regierung entwickelt. Nachmittags soll dann die Debatte einsetzen.

Weitere Forderungen der Unabhängigen Fraktion.

Antrag auf Ausnahme der Beziehungen mit Rußland.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland unverzüglich aufzunehmen und sofort in Friedensverhandlungen mit der Föderativen Sozialistischen Sowjet-Republik einzutreten.

Antrag auf Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge wie folgt zu ergänzen bzw. abzuändern:

1. Die Höhe der Erwerbslosenfürsorge sind auf das untere Einkommen der Erwerbslosen je nach der Zahl der zu versorgenden Familienmitglieder zu erhöhen und ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit zu zahlen. Die Erwerbslosenunterstützung der Erwerbslosen darf nicht angedreht werden.

2. Dem Erwerbslosen ist der Differenzbetrag, der sich aus der Unterstützung ergibt, entsprechend der Dauer seiner bisherigen Erwerbslosigkeit rückwirkend bis 1. März 1920 nach zu zahlen.

3. Gleichsetzung der Unterstützungssätze für die weiblichen und männlichen Erwerbslosen.

4. Das Einkommen der beschädigten Familienmitglieder darf auf die dem oder der Erwerbslosen gleichmäßig zuzurechnenden Unterstützungssätze nicht angedreht werden.

5. Beschaffung von Arbeit durch Reich, Staat und Gemeinden unter Bezahlung tarifmäßiger Löhne. Wiederaufnahme geeigneter stillgelegter Betriebe, deren Erzeugnisse für die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung unentbehrlich sind, durch Reich oder Gemeinden unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

6. Ein Arbeitszwang, besonders durch Wohnungs- und Berufswechsel darf nicht ausgedreht werden.

7. Entlassung von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten bzw. Stilllegung von Betrieben ist durch entsprechende Maßnahmen zu verhindern. Alle sich die Einschränkung der Produktion nicht verweigern, so muß die Arbeitslosigkeit verhindert werden. Alle Maßnahmen, die den Produktionsprozess beeinträchtigen, sind der Kontrolle und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften zu unterstellen.

8. Die Kurzarbeiter erhalten aus der Erwerbslosenfürsorge eine ihrem Verdienstanteil entsprechende Unterstützung.

Die lässigen Söldner.

Der japanische Gesandte in Berlin muß sich hülflos an die deutsche Presse wenden. Er bittet, darauf aufmerksam zu machen, daß der Glaube falsch ist, daß die japanische Marine deutsche Offiziere in ihre Armee ein-

stellt. Die japanische Volkspolizei müsse alle die zahlreichen Gesuche, die ihr diebstahllich zugingen, mit abschlägigem Bescheid zurückgeben.

Dieser Offizier des japanischen Gesandten kennzeichnet wieder einmal so recht die Bedenkenlosigkeit der deutschen Berufsarmee, denen es ganz gleichgültig ist, wenn sie dienen, wenn sie für ihr unnützes Handwerk nur genügenden Lohn erhalten.

Weitere Lebensmittelunruhen.

Oidenburg, 25. Juni.

Heute vormittag versammelten sich hier eine große Anzahl zehntausende Menschenmenge auf dem Pferdemarkt und zog von dort truppweise durch die Gassen und Roste an die Geschäftshäuser die Forderung, die Preise für Lebensmittel, Schuhe und Konfektionswaren um ein Drittel herabzusetzen. Eine Kontrollkommission wurde in kurzer Zeit die Geschäfte wieder kontrollieren und zu Zwangsmaßnahmen greifen, wenn die Geschäftsinhaber der Aufforderung nicht nachkommen wollten. Der Zug bewegte sich dann zum Marktplatz, wo in Ansprachen zur Ruhe und Ordnung aufgefordert wurde und wobei betont wurde, daß sich diese Demonstration nicht gegen den Lohnanspruch und auch nicht gegen die Reichswehr und die Sicherheitspolizei, sondern lediglich gegen die Wucherpreise richtete. Man verhandelt heute mit dem Magistrat und

mit dem Ministerium zwecks eventueller Festsetzung der Preise. Sollte bis morgen keine Herabsetzung der Preise erfolgt sein, so soll in den Betrieben die Arbeit niedergelegt werden.

Maria, 25. Juni.

Am heutigen Ostmarktmärkte herrschte heute eine sehr erregte Stimmung. Die Polizei war stark vertreten und kontrollierte die Preise. Außerdem hatte sich eine große Menge von Arbeitern eingefunden, welche von Stand zu Stand gingen und eine Ermäßigung der Verkaufspreise auf einen bisher noch nicht dagewesenen Stand erzwangen. Rufen wurden für 60 Pfennig bis eine Mark je Pfund ausgerufen, Erdbeeren wurden zu 1,50 bis 3 Mark verkauft. Auch auf dem Gemüsemarkt wurden die Preise herabgesetzt. Unter diesen Umständen war der Markt sehr aufgebracht, da der Markt sehr zurückgehalten wurde.

Das neue Mesopotamien von Englands Gnade. Durch Reuters Bericht mitgeteilt, daß unter dem britischen Mandat über Mesopotamien das Staatsgrundgesetz unter beratender Mitwirkung der Bevölkerung aufgestellt werden wird, durch das die Entwicklung des Landes zu einem Staat mit Selbstregierung erleichtert wird, damit es bei Ablauf des Mandats imstande ist, auf eigenen Füßen zu stehen. Ein vorläufiger Staatsrat wird unter einem arabischen Präsidenten gebildet werden, sowie eine freiwillige Nationalversammlung.

Der Mord an dem Polizeispitzel Blau.

Ein eigenartiges Sachverständigengutachten.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung teilte Staatsanwalt Dr. Orthmann mit, daß er sich gestern sofort zur Ermittlung des aichterscheintenen Zeugen Schreiber an die Münchener Polizeidirektion gemeldet habe. Er habe jetzt die telegraphische Antwort von dort erhalten und darin werde nochmals betont, daß der Aufenthalt des Spitzels Walter Schreiber, der feinerzeit nach Einbau abgeschoben worden ist, nicht bekannt sei. Ebenso sei die telegraphische Anfrage bei dem Generalkonsulat und der Polizeidirektion in Zürich ohne Erfolg geblieben. Auf Anregung des R.-A. Dr. Weinberg soll bei Herrn von Salderberg von der ontibolschewistischen Liga Auskunft eingeholt werden.

Der Vorsitzende fährt dann in der gestern unterbrochenen Verhandlung des Angeklagten Hoppe fort. Er befragt den Angeklagten, ob er sich auch

mit hypnotischen Fragen

beschäftigt habe. Hoppe bejaht diese Frage und erzählt mehrere Einzelfälle, in denen er von einem seiner Bekannten in Hypnose verhaftet worden sei. In einem Fall habe er in der Hypnose eine Parlamentarische als Ministerpräsident Scheidemann gehalten. Ein andermal habe er eine Debatte mit Parlamentarier als Kasse geführt. Er habe auf seinen Hypnotiseur sehr stark reagiert und sei jeglicher Gedankenübertragung zugänglich gewesen.

Die Sachverständigen Dr. Kranfeld, Gefängnisarzt Dr. Hirsch und Sanitätsrat Dr. Lehnen stellen dazu an den Angeklagten eine ganze Reihe von Fragen, die sich auf die Handlungen des Angeklagten im hypnotischen Zustande beziehen.

In der Vernehmung Hoppes wird sodann weiter fortgeführt. Der Angeklagte schildert, wie er am Abend gemeinsam mit Blau und Kohl nach der Winklerschen Wohnung Grobbeerstraße 20 gegangen sei. Vor dem Hause erwartete sie „Franz“ mit den Schlüsseln zur Wohnung. Kohl verabschiedete sich, „Franz“, Blau und Hoppe gingen hinauf. Blau erzählte ihm eben, daß er in München

für die „Nationalsozialistische Liga“

Me Kommunisten bespitzeln sollte. Er habe die Liga jedoch betrogen und für die Kommunisten gearbeitet. Auf Befragen des Vorsitzenden, warum er denn den Blau dann noch festgehalten hat, erklärt Hoppe, daß nach seiner Meinung Blau als Spitzel mangelsweise hätte photographiert werden müssen. — R.-A. Dr. Weinberg hebt hervor, daß das früher bei der sozialdemokratischen Partei auch üblich gewesen sei, um mit Hilfe der Photographie die Genossen warnen zu können. Der ehemalige Polizeipräsident Eugen Frank sei früher Spezialist für Spitzelphotographie gewesen.

Hoppe gibt dann weiter an, daß ungefähr eine Stunde nachdem sie die Wohnung betreten hatten, drei Männer erschienen, die auf ihn einen sehr wenig vertrauensvollen Eindruck machten. Sie benahmten sich äußerst gewöhnlich, besonders der größte von ihnen. Dieser forderte Hoppe auf, doch endlich mit dem Blau Schluss zu machen. Er bot ihm dabei dasselbe Maßchen Morphium und denselben Streich an, die ihm bereits am Vormittag in der Winklerschen Wohnung von einem ihm Unbekannten angeboten worden waren. Er lehnte dieses Ansuchen entschieden ab. Da er aber bemerkte, daß die drei neu Erschienenen mit der Absicht gekommen waren, den Blau umzubringen und einfach, daß er sie von diesem Vorhaben nicht abbringen könne, zog er es vor, die Wohnung zu verlassen, wo er nicht damit zu tun haben wollte. Er sei in großer Aufregung gewesen und sei erst einige Zeit planlos herumgeirrt. Dann sei er nach Hause gegangen und habe sich zu Bett gelegt. Er fand aber keinen Schlaf. Ihn trieb besonders die Unruhe, daß er die Winklersche Wohnung, die doch ihm anvertraut war, den fremden Männern überlassen habe. Er sei deshalb nach einer Stunde wieder aufgestanden und dann zurück nach der Grobbeerstraße 20 gegangen. Er wartete einige Zeit vor dem Hause, und es kamen dann nach einiger Zeit der große und der eine mit der selbsttrauen Uniform von oben herunter. Sie sagten ihm:

„Sie seien eben fertig. Die anderen können gleich mit der Leiche herunter.“

Darauf kamen auch „Franz“ und der andere Feldgrau mit dem in einer Decke eingeschüllten Körper Blau. Sie legten die Leiche erst im Hausflur nieder. Dem neu hinzugelassenen Schreiber, der Urperlich kräftig ist, wurde die Leiche über die Schulter gelegt und sie gingen dann gemeinsam zu der drei Minuten entfernt liegenden Brücke, von der die Leiche dann in den Kanal hineingeworfen wurde. Hoppe ging dann mit „Franz“ und Kohl gemeinsam fort. Auf Hoppes Gesuchen schickte „Franz“ den Borkang. Sie hätten Wein getrunken und jeder hätte Wein getrunken. Dem Blau hatte man Morphium in den Wein hineingetan, so daß er betäubt war. Dann sei ihm eine Schlinge um den Hals gelegt und er sei so erschossen worden. Nähere Einzelheiten, z. B. wer die Schlinge ausgelegt hat, hätte ihm „Franz“ nicht erzählt. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Hoppe nochmals ausdrücklich, daß er bei Begehung der Tat nicht zugegen gewesen sei und nichts damit zu tun habe.

Der Vorsitzende läßt dann den von Hoppe an Winkler geschriebenen

Kassiber

zur Verlesung bringen. Diesen hat Winkler nicht zum Lesen bekommen, da ihn ein Gefängnisbeamter vorher fortgenommen hatte. In diesem Kassiber gab Hoppe dem Winkler gute Ratschläge, wie er in der Hauptverhandlung auszusagen sollte. Der Vorsitzende befragt ihn, warum er denn diesen Kassiber geschrieben habe. Wenn sich alles so abspielt hätte, wie er es hier darstellt, hätte ihn doch Winkler niemals betrauen können. Hoppe meint dazu, er hätte damit nur das Gedächtnis Winklers auffrischen wollen. Damit war die Vernehmung Hoppes beendet.

Vernehmung des Angeklagten Winkler.

Auf Verlangen des Vorsitzenden schildert Winkler seinen bisherigen Lebenslauf. Seit seinem 14. Lebensjahre habe er sich der freien Arbeiterjugendbewegung angeschlossen. Dort habe er seinen Freund Genain Hoppe kennen gelernt. Er habe sich vorzugsweise mit der Frage beschäftigt, wie die heutige kapitalistische Wirtschaftskrise zu beheben sei. Er sei heute Anhänger der kommunistischen Weltanschauung, jedoch gehöre er keiner Parteigruppe an. Er liege auf dem Boden des Parlamentarismus und sei als solcher Gegner der Propaganda der Tat.

Winkler schildert dann, wie er seinem Freunde Hoppe an dem bekannten Samstagsabend die Wohnung seiner Eltern zu einer Führersitzung überließ. Er sei der Auffassung gewesen, daß es sich um eine Sitzung für die illegale Arbeiterbewegung handele und habe es deshalb für seine selbstverständliche Pflicht gehalten, die Wohnung seinem Freunde zur Verfügung zu stellen. Er sei zu einem Freunde gegangen und habe dort übernachtet und am anderen Morgen dann nach Leipzig zu seinen Eltern, die dort auf ihrem Sommergrundstück wohnten, gefahren. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt Winkler dann an, daß Hoppe

den Später von der Vernehmung des Blau in der Vernehmung seiner Eltern erzählt habe. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet. Es wird nunmehr in die

Vernehmung

eingetretten.

Auf Antrag des Staatsanwalts soll zuerst das gegen Friedrichmann vor dem außerordentlichen Kriegsgericht gefällte, auf 12 Jahre Zuchthaus lautende Urteil verlesen werden, um, wie sich das Staatsanwalts andeutete, zur Charakteristik des Angeklagten beizutragen. Die Verteidiger Dr. Weinberg und Dr. Sieblich protestierten mit aller Schärfe gegen diese Auffassung des Staatsanwalts. Ein Urteil eines außerordentlichen Kriegsgerichts könne nicht als Grundlage zur Beurteilung eines Recurrens dienen. Wenn die gegen Friedrichmann erhobenen Anklagen, die zu seiner Verurteilung vor dem außerordentlichen Kriegsgericht führten, zu seiner Charakteristik in diesem Prozeß mit herangezogen werden sollten, dann müßte selbstverständlich das ganze Vergehen in diesem Prozeß nochmals aufgerollt werden.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, daß die Verlesung des Urteils vorläufig zurückgestellt werde, es müsse aber doch im Laufe des Prozeßes zur Verlesung gebracht werden.

Bei der Vernehmung des Sachverständigen Professor Strauch, der gemeinsam mit Medizinalrat Dr. Hoffmann die Obduktion der Leiche Blaus vorgenommen hat, wird bekannt, daß die Leiche am Halse eine Strangulationsmarke aufwies. Weitere Merkmale waren nicht festzustellen, so daß das Urteil lautete, die Todesursache sei nicht festzustellen. Es wurde auch die Möglichkeit des Selbstmordes angenommen. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen sei er jetzt jedoch zu der Überzeugung gekommen, daß der Tod durch Erdrücken eingetreten sei.

Ein Schwörer befragt den Sachverständigen, ob denn der Schwund bestimmter Organe, daß der Tod durch Erdrücken eingetreten sei; denn wenn Blau noch nicht tot gewesen wäre, dann würde doch der Erdrückentod durch das Ringen eingetreten, nämlich derjenige der Arbeiter, der Blau ins Wasser geworfen hätte. Bei Vernehmung der Schuldfrage hängt doch sehr viel von der Klärung dieser Frage ab.

Ein anderer Schwörer bemerkt darauf, daß es doch leicht möglich sei, daß Blau nur betäubt gewesen war, da man ihm Morphium eingegeben habe.

Der gerichtliche Sachverständige, Professor Dr. Strauch, beantwortet die Frage des Schwörenen dahin, daß es sehr mit aller Bestimmtheit die Verlesung des Blau als Todesursache annehme. Wenn ein gewisser Widerstand mit dem Schriftlichen bei den Akten befindlichen Gutachten vorhanden sei, so liegt das daran, daß die Todesursache bei Erdrückung niemals mit Sicherheit festzustellen sei, und sie nähme als Sachverständige dann immer sehr lauffahrrische Gutachten abgeben.

Hierauf wird der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Lehnen vernommen, der jedoch nichts wesentlich Neues zu sagen hat.

Die Sitzung wurde dann auf Samstagvormittag 24. Uhr verlagert.

Der Boykott gegen Ungarn.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Wien, 25. Juni.

Die ungarische Regierung verbreitete die Nachricht, daß eine telegraphische Verbindung mit Berlin über Prag bewerkstelligt sei. Die der Rebellene Sibin vom „Pravo Siba“ mittelt, ist dies eine tendenziöse Erfindung. Die magyarische Regierung habe sich zweimal an das tschechoslowakische Verkehrsamt mit dem Ansuchen gewendet, den Nachrichtenverkehr über Prag zu vermitteln, was aber beide abgewiesen wurde. Der Boykott gegen Ungarn wird von der tschechoslowakischen von allen Nationalen Verkehrsverbänden streng durchgeführt.

Wie die Staatskorrespondenz Wien meldet, wandte sich der ungarische Gesandte Graf an den Staatskanzler Rechner in der Boykottangelegenheit. Rechner erklärte, der Boykott sei keine Angelegenheit der österreichischen Regierung, sondern eine internationale soziale Aktion. Die österreichische Reichsregierung werde zweifellos der Umständerung Lösung folgen, aber die österreichische Regierung besitze keine Macht, diese soziale Bewegung zu unterdrücken. Es taugte dann der Gedanke der Vermittlung zwischen der ungarischen Regierung und Umständer auf. Nachdem vorher die Zustimmung der ungarischen Regierung eingeholt worden war, wandte sich Staatskanzler Rechner an den Gewerkschaftsbund mit dem Vorschlag zu einer gemeinsamen Besprechung. Der Sekretär der österreichischen Gewerkschaftskommission Oberer nahm daraufhin Stellung mit dem ungarischen Gesandten und es wurde vereinbart, für den 28. Juni eine Aussprache zwischen je drei Vertretern der ungarischen Regierung und des internationalen Gewerkschaftsbundes unter dem vermittelnden Vorsitz des Staatskanzlers Rechner nach Wien einzuberufen.

Am fünften Boykott-Tage ist die Absperrung Ungarns vollkommen. Die Funkstationen von Warschau und Paris, welche bisher den Nachrichtenverkehr unabhängig vermitteln, sind jetzt auch ausgeschaltet. Somit ist der Boykott lückenlos.

Unverzüglichen Nachrichten zufolge marschiert Oberleutnant Hejjas an der Spitze von 6000 bewaffneten Soldaten und Bauern gegen Budapest. In Budapest herrscht große Panik, die Juden flüchten massenweise.

Die Reise Zimmens nach Wien.

H. N. Haag, 25. Juni.

Zimmens, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, hat vor seiner Wiener Reise folgende Erklärung abgegeben: Der Boykott soll ungeschwächt fortgesetzt werden, nur die verschärften Maßnahmen, die am Sonnabend beginnen sollten, sollen vorläufig so lange, bis die Verhandlungen beendet sind, nicht angewandt werden. Soweit ich Berichte erhalten habe, wird der Boykott in Deutschland, Frankreich, Belgien, Dänemark und der tschechoslowakischen Reich durchgesetzt. Zuverlässige Berichte aus Schweden und aus Polen habe ich noch nicht erhalten. Wenn ich nicht glaube, daß die Verhandlungen eine Grundlage bilden könnten für die Aufhebung des Boykotts, dann würde ich nicht nach Wien gehen. Den von unserem Verband gestellten Forderungen habe ich nichts hinzuzufügen. Ich habe auch bereits der ungarischen Regierung in Budapest mitgeteilt, daß dieser Boykott nicht auf die ungarische Politik im weiteren Sinne einwirken soll, sondern lediglich dem weltlichen Terror ein Ende machen soll, damit die Arbeiterbewegung in Ungarn sich in derselben Weise entwickeln kann, wie in anderen Ländern.

Veranbarung des Streiks in Oden. Der Streik der holländischen Arbeiter ist heute nacht durch Verhandlungen beendet worden. Die Arbeiter erhalten eine Rindergelalte. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Generalversammlung der Betriebsräte.

Wir haben bereits über den Beschluß der Generalversammlung in der heutigen Morgenausgabe berichtet. Der Bescheid für die Betriebsräte-Zentrale, Genosse Richard Müller, erweist zuerst an die Belämpfung des Rätegedankens. Die Verantwortlichen der Richtung Räte haben erst von ihrem Widerstand gegen das Betriebsrätegesetz abgesehen, als ihnen Gemüht gegeben wurde, daß die Betriebsräte unter ihrem Einfluß gestellt werden. Nach einer Reihe brutaler Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterräte, die in der Auflösung des Volksgewerksrats und Verhaftung einzelner seiner Mitglieder ihre Spitze fanden, wurde jede Tätigkeit zur Erfassung der Betriebsräte verboten. Die heutige Versammlung ist das Ergebnis der trotz dieses Verbotes durchgeführten Arbeit. Aus den Delegierten aller Industriezweige wurde eine Generalversammlung gebildet, die die Spitze der Berliner Räteorganisation. Wir brauchen eine selbständige Organisation der Betriebsräte, um auch die 10 Millionen Arbeiter zu erfassen, die noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, um die in Parteien und Gruppen gesplitterte Arbeiterkraft als feste Macht der geschlossenen Front der Unternehmer entgegenzusetzen. Die beiden Rätepersönlichkeiten werden sich verpflichten müssen, um eine einheitliche Organisation für Groß-Berlin zu schaffen. Es ist bereits eine Einigung erzielt darüber, daß die Verfassung der Betriebsräte gemeinsam nach Betrieb und Beruf erfolgen soll, daß ein provisorisches Sekretariat zu errichten ist, daß die Generalversammlung aus Delegierten der einzelnen Berufsgruppen besteht, und jede Berufsgruppe Delegierte für die Betriebsräte-Zentrale nominiert, die von der Generalversammlung bestätigt werden. Die Zentrale soll bestehen aus 20 Delegierten, 5 Sekretären und 5 Mitgliedern der Gewerkschaftskommission und Na. Auch die Hauptgruppen wählen gewerkschaftsführende Ausschüsse. Die Generalversammlung soll zu allen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nehmen und zu allen Aktionen beschließen, die keine finanzielle Leistung der Gewerkschaften erfordern. Streitfragen sind noch: die Frage der Finanzierung, der Zusammensetzung der provisorischen Zentrale, und ob die bestehenden Betriebsräteorganisationen sofort aufgelöst werden oder in Liquidation treten sollen. Sowohl in der Hoffensführung als auch in der Zusammenfassung und in den Methoden der provisorischen Zentrale schlagen die Gewerkschaften Vorschläge vor, die ihnen eine Überlegenheit sichern. Um die Einigung nicht an der Finanzfrage scheitern zu lassen, würde die Betriebsrätezentrale einer Beschäftigung auf folgenden Grundlagensatz zustimmen: Die finanziellen Mittel für die Räteorganisation werden von den Arbeitern und Angehörigen der Organisationen durch ein Umlageverfahren aufgebracht. Jede Gewerkschaft führt pro Mitglied und Jahr eine Karte in die Rasse der Räteorganisation ab. Die Beiträge sind in Betriebsräteorganisationen voranzutreiben. Diejenigen Arbeiter, die bisher keiner Gewerkschaft angehört, leisten ihre Beiträge durch Entnahme von Beitragsmarken, die durch die Räteorganisation ausgeteilt werden. Die Zentrale ist für alle Ausgaben der Generalversammlung verantwortlich. Die Aufsichtsberechtigungen über die Zusammenfassung der provisorischen Zentrale sind unanfechtbar, weil sie eine Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter besitzen. Auch einer künftigen Auflösung können wir nicht zustimmen. Die betreffende Beschlüsse müßten lauten: Nach Annahme der Richtlinien treten die bestehenden Betriebsräteorganisationen in Liquidation. Die Gewerkschaftskommission ist beauftragt, mit uns zu einer Einigung zu kommen; darum soll sie ihren nächstigen Standpunkt in diesen Fragen angeben.

Genosse Bista sprach als Referent für die Gewerkschaftskommission. Nicht eine selbständige Organisation, sondern die Zusammenfassung der Gewerkschaft, Partei und Räte soll die neue Betriebsrätezentrale heißen. Nach langwierigen Verhandlungen war es möglich, in den meisten Punkten einen Ausgleich zu finden, so daß es auf dem Wege der weiteren Verhandlungen möglich sein wird, die letzten Gegenstände zu überbrücken. In der Frage, welche Stelle über die Verwendung der Mittel entscheiden soll, ist die Zusammenfassung der Gewerkschaftskommission zu betrauen und der schwerere Standpunkt gegenüber dem Gewerkschaftsbund, der sie kommt, ein Kontrollrecht über die von den Gewerkschaften bewilligten Gelder zu verlangen. Ich persönlich schlägt eine Personalunion der beiden Differenzpunkte an. Heber die Frage der Liquidation wird eine Verhandlung möglich sein, wenn ein Zeitpunkt für ihre Dauer festgelegt wird. Wenn wir heute nicht zu einer Verhandlung kommen, wird es dem Gewerkschaftsbund möglich, die zentrale Zusammenfassung der Betriebsräte in seinem Sinne durchzuführen. Man muß den vollen Nachdruck der Gewerkschaften zeigen und betonen, daß die Gewerkschaftskommission, die einen Kampf gegen die Arbeitergemeinschaften des Gewerkschaftsbundes führt, nicht weitergehen kann. Die Verhältnisse im Reich dürfen nicht nach Berliner Verhältnissen beurteilt werden. Es ist nur Kompromissarbeit möglich, die immer mit Vorzügen und mit Rücksicht behaftet ist. Wie müssen an dem Standpunkt festhalten, daß an der Frage der Verwendung der Gelder ein so großes Gewicht, wie die Schaffung einer Räteorganisation, nicht liegen darf.

Nach mehreren Vertretern der Industriezweige, die als Diskussionsredner den Standpunkt der Betriebsrätezentrale vertreten, erhielt Abgeordneter Genosse Traß als Gast das Wort über den Stand der Rätebewegung im rheinischen Industriegebiet berichtet. Die Organisationsfrage der Betriebsräte steht auf der Tagesordnung im ganzen Reich. Wir haben in unseren Aktionsausschüssen eine ähnliche Vertretung gehabt, wie sie die Betriebsrätezentrale hier vorschlägt, und werden auch den Aufbau der Betriebsräteorganisation in gleicher Linie vornehmen. Es ist ein Umlage, den Betriebsräten anzusetzen, sich innerhalb der Gewerkschaften zu organisieren. Sie müssen als eine selbständige Organisation im Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaft ihre großen Aufgaben erfüllen. Die Generalversammlung muß in allen Fragen die höchste Instanz bleiben.

Genosse Dr. Geher, Hamburg gelangt nach einer Betrachtung über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu dem gleichen Ergebnis.

In einer Bemerkung gegen den Antrag auf Schluß der Debatte, der nun gestellt wurde, trat Genosse Bildestein von der Gewerkschaftskommission der Ansicht entgegen, daß die Gewerkschaftskommission die Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation verhindern will. Genosse Bista führte in seinem Schlusswort aus, daß auch in der Verlesung der provisorischen Zentrale eine Verhandlung möglich sein wird. Die Betriebsräte müssen dafür sorgen, daß die neu aufzunehmenden Verhandlungen zu einer Einigung führen können.

Genosse Richard Müller führte in seinem Schlusswort aus: Der bisherige Verlauf der Generalversammlung gibt ihr durch die Ruhe und Entschlossenheit der Verhandlungen eine besondere Bedeutung. Hebert mir so fort, dann wird die Generalversammlung bald die entscheidende Rolle spielen, die sie werden muß. Die bestehenden Differenzen müssen beseitigt werden, und die Verhandlungen werden diese Verhältnisse bringen, wenn sie weitergeführt werden von dem herrlichen Willen an einer Einigung, den Genosse Bista heute schon in den Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission gezeigt hat. Wenn es der gesamten Reaktion nicht gelänge, die Rätebewegung tot zu machen, wird es auch nicht gelingen, die Betriebsräte abzuhalten von der Erfüllung revolutionärer Aufgaben. Die Verhandlung kann nicht erzielt werden unter Aufhebung revolutionärer Notwendigkeiten.

Der bereits im Vorbericht erwähnte Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Genosse Sundmayer berichtete für die Aktionskommission, daß die Hoffensführung der Betriebsrätezentrale eingehend geprüft und in bester Ordnung gefunden wurde.

Die U. S. P. D. und die 3. Internationale.

Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger Parteitagsbeschlusses.

II.

Im Februar wurde die Frage der Internationale in einer Sitzung des Zentralkomitees, des Rates und der Kontrollkommission unserer Partei erneut eingehend beraten. Es wurde festgestellt, daß alle Maßnahmen auf diesem Gebiet einstimmig beschlossen worden waren, und daß die Art ihrer Durchführung einstimmige Billigung fand. Die Sitzung beschloß, eine Kommission nach Moskau zu senden mit dem Auftrag, an Ort und Stelle wegen des Zusammenstufes mit der III. Internationale zu verhandeln. Bei unserer Rückkehr mit einem maßgebenden Vertreter der Bolschewiki wegen der Einreiseerlaubnis nach Rußland wurde uns erklärt, daß wir uns zunächst ein Versäuerungs-schreiben des Westeuropäischen Sekretariats beschaffen müßten. Da uns weder die Mitglieder noch die Adresse des Sekretariats mitgeteilt wurden, so mußten wir uns durch die Vermittlung eines russischen Genossen schriftlich an das Sekretariat wenden. Auf unser schriftliches Ersuchen an das Westeuropäische Sekretariat, unsere Bemühungen um die Entsendung einer Kommission nach Moskau zu unterstützen, haben wir gar keine Antwort bekommen.

Dann kam der 13. März. Das Niederringen der Rapp-Bühnen nahm alle unsere Kräfte in Anspruch. Trotzdem fanden wir Zeit, selbst während dieses gewaltigen Kampfes, am 19. März uns in Berlin mit dem französischen Genossen Wikstral über den Stand der internationalen Fragen auszupredigen. Wieder boten wir, die Absicht einer Einberufung einer internationalen Konferenz für die westeuropäischen sozialistischen Parteien zurückschicken. Es mußte doch endlich eine Antwort aus Moskau kommen.

Die Bemühungen der sozialistischen Parteien, der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, einer radikalen Soldaten- und Arbeiterorganisation, einer radikalen Jugend, waren noch im Gange, als uns am 9. April der russische Genosse Borodin besuchte. Borodin übergab uns einen Brief des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale vom 8. April 1920. Dieser Brief, dem ein Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, datiert vom 5. Februar 1920, beifolgt, enthält die Mitteilung, daß das Westeuropäische Sekretariat, den Auftrag erhalten hätte, uns das Schreiben der III. Internationale zuzustellen. Etwaige Antworten unserer Partei an die Exekutive der III. Internationale sei das Sekretariat bereit zu vermitteln. Doch fehlt auch in diesem Brief die Adresse des Westeuropäischen Sekretariats. Auf unsere Frage an den Genossen Borodin, ob er uns die Adresse mitteilen könne, antwortete dieser, daß er das nicht könne, er würde uns aber die Adresse in den nächsten Tagen bestimmen bringen. Genosse Borodin hat uns die Adresse des Westeuropäischen Sekretariats nicht gebracht. Die Art, wie wir am 9. April 1920 zu der Antwort der III. Internationale vom 5. Februar 1920 auf unser Schreiben vom 15. Dezember 1919 gekommen sind, sei hiermit durch die Wiedergabe der Aufzeichnungen unserer Unterredung mit dem Genossen Borodin mitgeteilt:

Ausprache des Parteivorstandes mit dem Genossen Borodin.

Grillien: Ich möchte Sie fragen, woher Sie kommen, in welchem Auftrage und welche Mission Sie zu uns über? Sie überbrachten uns einen Brief der Moskauer Internationale. Ist

Meister Brief schon veröffentlicht oder für uns allein bestimmt? Warum erhalten wir ihn so spät?

Borodin: Ich komme von dem Exekutivkomitee der III. Internationale. Ich bin auf dem Wege nach Moskau und habe hier in Deutschland einen Brief der Moskauer Exekutive vorgelesen, der augenscheinlich eine Antwort auf den Leipziger Bescheid darstellt. Dieser Brief hat aus dem einen oder anderen Grunde Ihre Partei nicht erreicht. Ein früherer Brief wurde in einer primären Unterhaltung einigen Mitgliedern der Unabhängigen Partei vorgelesen, aber ein ausführlicherer Brief aus Moskau kam erst vor drei oder vier Tagen hier an. Ich beschloß sofort, hierher zu kommen, Ihr Zentralkomitee zu informieren und zu erfahren, welchen Standpunkt das Zentralkomitee gegenüber diesem Briefe einnimmt. Der Grund der Verzögerung des Eintreffens liegt in der schlechten Verbindung mit Moskau, da diese Verbindung nur durch Kurier hergestellt werden kann. Dieser Brief wurde keinem einzigen gegolgt, sondern ist dies die erste Stelle, wo der Brief gebracht wurde.

Grillien: Wo befindet sich der erste Brief?

Borodin: Es ist möglich, daß das Westeuropäische Sekretariat keine direkte Verbindung mit dem Zentralkomitee hat. Ich werde in Moskau berichten, daß der erste Brief das Zentralkomitee nicht erreicht hat.

Grillien: Bei einem künftigen Durchlesen des Briefes bemerke ich eine Reihe von Fragen, die beantwortet werden sollen. Ist die Verantwortung dieser Fragen die Voraussetzung, daß überhaupt Verhandlungen mit der Moskauer Internationale stattfinden können?

Borodin: Es wäre gut, wenn Sie mit die Antwort auf diese Fragen geben könnten. Ich beschloß in ein bis zwei Tagen nach Moskau zurückzugehen und könnte Ihre Antwort dann mitbringen. Es würde sich aber empfehlen, daß Sie eine Delegation nach Moskau schicken, um diese Antwort zu übermitteln.

Grillien: Wir haben die Absicht gehabt, ein Komitee nach Moskau zu schicken. Es wurde uns aber erklärt, zu einer Einreiseerlaubnis bedürfte es erst der Zustimmung der Moskauer Internationale. Wir haben uns an einen Vertreter des Westeuropäischen Sekretariats gewandt, aber keine Antwort bekommen.

Borodin: Sobald das Zentralkomitee der U. S. P. D. an das Westeuropäische Sekretariat schreibt, daß es bereit sei, ein Komitee nach Moskau zu entsenden, wird es die notwendige Erlaubnis zur Einreise bekommen. Es ist aber auch möglich, daß die Genossen von hier nach Moskau gehen und dort die notwendige Einreiseerlaubnis für Moskau erhalten.

Grillien: Würde also die Entsendung einer Kommission nach Moskau nicht an einer obliegenden Forderung der Moskauer Internationale scheitern?

Borodin: Nein.

Grillien: Es ist nicht möglich, daß wir jetzt schon die gestellten Fragen beantworten. Unsere Exekutive richtet sich hauptsächlich auf die letzten Punkte, in denen gefragt wird, daß die Moskauer internationale jede Partei, die sich mit dem russischen Flügel der Unabhängigen Partei und den Kongressen abzieht, die werden aufgefördert, die Reihen der Führer der Unabhängigen Partei zu verlassen und eine Vereinigung mit der Kommunistischen Partei herbeizuführen. Ist es nicht die Sache kompliziert. Die Moskauer sind über unsere Verhältnisse nicht unterrichtet. Die Kommunisten haben sich so wieder geäußert. Wie haben sich das die Moskauer Genossen gedacht?

Borodin: Es würde keinen Zweck haben, in diesem Augenblick über diese Punkte eine Diskussion zu führen. Ich kann über diese Fragen keine Kommentare geben. Ich muß es den Genossen überlassen, diese Fragen zu beantworten. Nach den im Brief enthaltenen Fragen habe ich noch eine Anzahl anderer. Seit Abreisen des Briefes am 5. Februar haben sich inzwischen Dinge ereignet, die dem Exekutivkomitee in Moskau nicht bekannt waren. Die Verantwortung dieser Fragen wären für mich von größtem Interesse. Wie verhalten Sie die Resolution von Leipzig? Beschließen Sie zuerst mit Moskau zu verhandeln oder mit anderen Parteien und dann mit Moskau? Es gibt verschiedene Möglichkeiten dieser Resolution. Wir wissen nicht genau, was sie eigentlich ausdrückt.

Grillien: Die Resolution, die uns beauftragt, mit Moskau und anderen Parteien sofort zu verhandeln, schließt nicht aus, daß wir auch mit Moskau allein verhandeln ohne mit den anderen Parteien. Wenn Moskau nur mit uns verhandeln wollte, so wären wir auch dazu bereit. Wir wollten aber noch unseren Beschluß die anderen Parteien aufklären, die gleiche Aufforderung nach Moskau zu richten. Es wäre praktisch, mit Vertretern verschiedener Parteien zu verhandeln.

Borodin: Sind Sie bereits mit anderen Parteien in Verhandlungen getreten? Mit welchen Parteien und mit welchem Erfolge?

Grillien: Den Brief, den die Moskauer Genossen erhalten haben, fanden wir auch an die anderen Parteien. Wir haben bisher nur unverbindlich persönliche Äußerungen gemacht mit einzelnen Ländern, die bereit sind, mit uns zu gehen, so mit der Schweizer und der französischen Partei. Die britische Sozialistische Partei hat abgelehnt.

Borodin: Vorausgesetzt, daß die Versuche, die sogenannten revolutionären Elemente der II. Internationale zu retten, möglich wären, welche Elemente haben Sie im Auge?

Grillien: Das sollte bei den Verhandlungen hergestellt werden. Wir sind nicht der Meinung, daß wir erst von irgendwelchen Leuten ein Glaubensbekenntnis verlangen. Wir haben gedacht, daß Moskau auf unseren Vorschlag eingehen würde, eine Zusammenkunft zu veranstalten und alle Parteien einzuladen, die bereit sind, wegen eines Zusammenstufes zu verhandeln. Aus den Verhandlungen würde sich dann ergeben, welche Partei sich anschließen könnte oder nicht. Wir glaubten, daß die Moskauer die Initiative ergreifen würden, wie dies auch Genosse Nabel zugeht hat.

Borodin: Glauben Sie, daß derzeitige revolutionäre Elemente von der II. Internationale übrig geblieben sind, mit denen wir in Unterhandlungen eintreten können? Wer sind diese Elemente? Meinen Sie die Independent Labour Party oder die sozialistische Partei Amerikas?

Grillien: Zunächst meinen wir die Parteien, die aus der II. Internationale ausgetreten sind; dazu sind in letzter Zeit gekommen die französische Partei und die Independent Labour Party. Wir verhandeln nur mit den Parteien, die allgemein auf unserm grundsätzlichen Boden stehen, nicht aus dem Grunde, weil sie die II. Internationale verlassen haben.

Borodin: Sind Sie der Ansicht, daß in der III. Internationale derselbe lose Zusammenhang ist und eine gewisse Degeneration wie in der II. Internationale?

Grillien: Das würde zu weit führen, und darüber jetzt auszuwachen zu haben. Das sollte Gegenstand der Verhandlungen sein. Wir wollen uns mit Moskau darüber aussprechen und eine gemeinsame Beurteilung finden. Für uns ist die Hauptfrage, zu wissen, ob die Moskauer Genossen bereit sind, mit uns direkt zu verhandeln und auch andere Parteien zuzulassen, die den Wunsch haben, mit Moskau in Verhandlungen einzutreten.

Borodin: Seitdem dieser Brief geschrieben wurde, sind Ereignisse eingetreten, die die Situation verändern. Ich würde Sie bitten, mir einige Informationen zu geben, die ich nach Moskau übermitteln könnte, bevor das Komitee eintrifft. Können Sie in die III. Internationale eintreten und alle Bedingungen derselben annehmen? Was schenkt die U. S. P. D. von der A. P. D.?

Grillien: Der Exekutivrat der Internationale der U. S. P. D. steht heute auf dem Standpunkt des Parlamentarismus und der Gewerkschaften, auch noch auf diesem Standpunkt. Sie hat sich auf unsere Ansichten angepasst. Die Moskauer haben ein vollkommenes Mißverständnis von der Unabhängigen Partei. Die U. S. P. D. treibt eine schonende Politik, sie hat beim letzten Generalkongress in 24 Stunden drei Vorkongresse gehabt, die grundsätzlichen und tatsächlichen Differenzen zwischen uns und der A. P. D. müssen gründlich besprochen werden.

Borodin: Seit dem Leipziger Kongress ist ein Erlaß von allgemeiner Bedeutung nicht nur für Deutschland, sondern auch für die internationale Bewegung eingetreten: der 18. März und die Bewegung an diesem Tage. Wir im Ausland, die wir auf die Unabhängigen Partei als anderen Haupten Mitarbeiter schauen, sind sehr interessiert, zu erfahren, welche Rolle die Unabhängigen Partei in diesen Ereignissen gespielt hat, wie der Streik verlaufen und abgebrochen wurde. Bei den Ereignissen der Partei den Redaktionen im Ruhrgebiet gegenüber einander einander, wie sich die Verhandlungen mit der Regierung abspielten haben, wie die Partei der Arbeiterorganisation zu einer Zeit ausgesprochen wurde, als sie wichtig ist, daß die obige Art in die Überbewehrung nicht, weil sie zu gefährlich ist. Es besteht der Gedanke, daß nicht nur eine Zerstörung besteht zwischen dem, was die Internationale kämpft und was die Wirklichkeit sein haben, sondern auch eine Differenz mit Ihrem Programm von Leipzig.

Grillien: Sowohl mit der U. S. P. D. als auch mit allen anderen Parteien herrscht darüber Einmütigkeit. Ich würde mich über die Generalkongresse der Arbeiterpartei nicht erörtern wollen lassen. Es wurde von vornherein gesagt, daß der Kampf nur geführt wird, um der Arbeiterschaft eine größere Macht zu erlangen. Es ist in Deutschland die realer Sozialisten, über die wir nicht verfügen, die Bewusstheit der Arbeiter.

Borodin: Ist es möglich, über den gegenwärtigen Stand der Sache etwas zu erfahren?

Grillien: Es handelt sich um eine Aktion, die noch im Gange ist.

Auf eine Anfrage des Genossen Grillien, ob nicht die Moskauer Genossen zur Verhandlung hierher kommen könnten, antwortete Genosse Borodin, daß dies noch unmöglich

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Obt legte man der Bäuerin nahe, die Todeserklärung ihres Mannes bei Gerichte zu betreiben, um bei schließlicher Zeit und Gelegenheit wieder heiraten zu können, aber sie erklärte, vorab wolle sie erleben, daß ihr Hund als Bauer auf'm Sternsteinhof läge und die Dira' unter die Haube kam, bis dahin beschäftigten die beiden vollkommen ihr Sorgen und Sinnen, im übrigen sei sie darüber hinaus, von einem abhängigen und ihm zu Gefallen zu leben; den Kindern lebe sie zu Liebe, weil die von ihr abhängen und werde ihnen keinen Stiefvater aufhaken, der gerne aller Herrn spielen möchte, — und wenn man sie darauf aufmerksam machte, daß sie doch selbst zu kranken Stiefmutter sei, fragte sie lächelnd: „Bin ich a loider? Bepürst du was davon?“ Worauf das Mädchen ungehoben den Kopf schüttelte.

Wohl sah man zweifelnd nach dem lebensfrischen, feinen Schönheit bewußten Weibe, aber niemand in Pöschelbühl, noch sonst irgendwo, wußte zu sagen, daß die Sternsteinhofsbäuerin je ein Kergernis gedenke. „Ist sie eine Heimgeliebte.“ — so sagten jene, die es am meisten verdroß, nichts ausfinden zu können. — „so ist sie's aber auch schon recht.“

Dieser ihr Unabhängigkeitsfinn, der schließlich dem Ansehen und dessen Erben zugute kam, ihr allerdings nicht von Eitelkeit freies Bemühen, den eigenen Jungen und die Stiefkinder rechtchaffen zu erziehen, um als achtbare Mutter wohlgeordneter Kinder vor den Augen der Welt dazustehen, ihre Bereitwilligkeit, Bedürftigen beizuhelfen, da ihr der Anblick der Not, die sie aus eigener Erfahrung kannte, peinlich war und sie sich gerne von selbst loskaufte, ihre freilich mit etwas Vrahlerlei auftretende Freigebigkeit für gemeinnützige Zwecke, — Straßen- und Brückenanlagen, Schulbauten und dergleichen, — aber auch nur für solche, die für frugwürdige, das alles waren ebenso viele Steine, die sie bei den Leuten im Drette hatte und in Pöschelbühl so wie in der Umgegend galt sie für ein „Kernweib u allen Ständen“. Ueber dieses „Kernweib“ vergaß man

die Lindbofer Dira' und des Herrgollmochers Weib, man fragte nicht danach, was die Sternsteinhofsbäuerin genies, noch was sie würde, man nahm sie, wie sie war.

Sie wußte das.

Wenn Sonntag mit dem dritten Häuten der Wagen vom Sternsteinhofe unten an der Pfaffenstiege läßt, dann steigen Kinder und Jullane die Stufen vorant hinar, — wohl ein prächtiges Paar junger Leute, — ihnen folgen Großvater und Mutter. Die Bäuerin schiebt ihren Arm leicht unter den des Bauern, es sieht nicht aus, als wolle sie den Arme führen, sondern mehr, als ob es geschähe, gleichen Schritt mit ihm zu halten, denn er scheint Ernst machen zu wollen mit den hundert Jahren, die er zu leben sich vorgenommen.

Die Kleineren blicken vergnügt und stolz auf die voranschreitenden Jungen und nicken den grählenden Leuten mit verbläulichem Freundlichkeit zu und dann blinzelt es in den noch immer jugendlichen Augen der Bäuerin so selbstbewußt und überlegen: „Wie ich bin — weil ich bin!“

Sie war sich bewußt, daß sie etwas selte und daß man etwas an ihr verlieren werde und pure Eitelkeit war es, die sie vom ersten Augenblicke an, wo sich dies Bewußtsein in ihr regte, danach trachtete, auch etwas „Nochtes“ zu gelten und nicht zu unterlassen, was ihren Verlust zu einem augenscheinlichen machen konnte, und so gewann sie, die immer und allzeit nur sich allein lebte, einen größeren und wohlthätigeren Einfluß auf viele, als manche andere, die bingebungslos nur einem einzigen Wesen oder wenigen, ihnen zunächst, leben, oft allein durch diese Auslassung sich gegen alle Fernstehenden bis zur Ungerechtigkeit verhärteten und außerdem sie das Beispiel einer fast selbstständig ersehnenenden, engumgrenzten Pflichtenfüllung der Welt gegeben, bedeutungslos für diese, vom Schauplatz abtreten.

Wer hat die mad're Kleinderin, ihren braven Sohn, den Soldatenger, bedauert? Wer wird die rothbackene Seupherl belagert? Niemand. Sie taten das immer unter sich, der Ueberlebende den Vorangegangenen; ein anderes aber, wenn Peine stirbt, nicht nur ihrem eigenen Kinde wird das Herz schwer werden, auch das fremde wird ihr heiße Tränen nachweinen, die Armen in der Umgegend und

alle jene, die gemohnt waren, freundschaftlich sich Not und Tat zu erbitten, wird der Tag bedrücken, an welchem der Tod die Bäuerin hinwegholt vom Sternsteinhofe.

Der Dese hat eine Frage frei. Warum erzählt man solche Geschichten, die nur aufzucken, wie es im Leben zugeht?

„Aberdings gibt das ein unfruchtbares Wissen, da es nichts an den Vorgängen ändern leitet und was es leitet, doch nie, selbst von den Wissenden nicht, mit dem Handeln in Einklang zu bringen verstanden wird; so bleibt es denn voranschreitend noch lange mit allem menschlichen Treiben und Trachten beim alten und eine neue Geschichte kann nur dazukommen: daß was vorging, noch vorgeht. Neugierig ist es nicht neu, von den Gelehrten der Schönheit, für den, der sie besitzt, wie für andere zu erzählen, es ist nicht neu, zu erzählen, wie in manchen Menschen Leben die Treue gegen das eigene Selbst mit dem Verrate an anderen verknüpft zu sein scheint, und solche alle Geschichten von exprobiert Wirkung in ein neues Gewand zu stecken, ist nur ein künstlicher Behel und ein anderer ist es, das letztere aus Boden auszuschneiden; es geschieht dies nicht in dem einseitigen Glauben, daß dadurch Tugenden als Veler zu gewinnen wären, noch in der freudlichen Absicht, einer mehr und mehr in die Mode kommenden Richtung zu baldigen, sondern lediglich aus dem Grunde, weil der eingeschränkte Wirkungskreis des ländlichen Lebens die Charaktere weniger in ihrer Natürlichkeit und Ursprünglichkeit beeinflusst, die Leidenschaft, rückhaltlos sich äußern, oder in nur künstlicher Verstellung, verständlicher bleiben und der Aufweis, wie Charaktere unter dem Einflusse der Geschichte werden oder verderben, oder sich gegen diejen; und sich und anderen das Fatum leben, — Horer zu erbringen ist an einem Modernismus, der gleichsam am Tage liegt, als an einem, den ein doppeltes Gebälke umschließt und Verschönerungen und ein krauses Hirscherblatt umgeben; wie denn auch in den ältesten, einfachsten, wirklichsten Geschichten die Felder und Pflügen Oerdenzüchter und Oerdenzüchter waren und Säubirten ihre Hausminister und Kanzler.“

Ende.

ist, weil diese Genossen Gefahr laufen, in jedem Lande sofort verhaftet zu werden. Es sei für die deutschen Genossen viel leichter, nach Moskau zu kommen.

Es berührte eigenartig, daß die Antwort in erster Linie an „alle Arbeiter Deutschlands“, in zweiter Linie an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, und erst in dritter Linie an den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerichtet war.

Unmittelbar nach den großen Massenaktionen gegen die Rump-Nichtweige lege der Wahlkampf ein. Jeder Genosse auch von der Parteileitung mußte an Kräfte und Energie herangehen, was er hergeben konnte. Das sehr umfangreiche Manuskript wurde durch unser Press-Bureau unserer Parteipresse noch während des Wahlkampfes übermittelt. Wir werden das Schreiben in aller nächster Zeit ausführlich beantworten und diese Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit übergeben.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf der Angestellten in der Metallindustrie.

Die Ablehnung des Schiedspruchs über den Tarif der Angestellten in der Metallindustrie durch die Unternehmer ist ein Beispiel dafür, wie es den Arbeitgebern in den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, durch Verschleppung der Verhandlungen die Arbeitnehmer schwer zu schädigen. Die Funktionäre und Angestellten der Metallindustrie versammelten sich gestern Nachmittag um 10 Uhr in der Halle, die der neue Einfluß der Unternehmer gelassen hat. Nach dem von Plataner erstellten Bericht über den Stand der Verhandlungen besprachen mehrere Redner die gesamte Situation in den Betrieben. Die Angestellten sind erregt über die Macht der Unternehmer, ihnen für den Monat Mai die Besetzung des Tarifvertrages vorzuschlagen. Sie sind entschlossen, selbstständig vorzugehen, falls die Organisationen, nicht zu entscheidenden Besseren gegen diesen Antrag aufsteht.

Es wurde eine Kommission von 16 Mitgliedern gewählt, die sofort im Reichsverbandstag auf diese Angelegenheit aufmerksam machen soll. Des weiteren wurde folgender Antrag angenommen:

„Die anwesenden Funktionäre, Betriebs- und Angestelltenräte der MA erklären, unter keinen Umständen an den Verhandlungen des Schiedspruchs etwas nachzulassen und verweigern sich, innerhalb der Betriebe für diese Forderung einzutreten.“

Am Sonntag finden vor dem Reichsverbandstag Verhandlungen statt, in denen die Vertreter der Angestellten die Erklärung der Besetzung des Tarifvertrages beantragen werden.

Achtung! Buchbinder!

Die Sperre über die Buchbinder Emil Bettler, Bülowstr. 66, ist beseitigt. Die Differenzen in der genannten Firma sind nicht beseitigt, trotzdem erklärt die Bundesleitung der Buchbinder die Sperre als aufgehoben. Verband der Buchbinder.

Generalversammlung der Saffler.

Donnerstag night im „Deutschen Hof“ die Generalversammlung des Verbandes der Saffler und Lackierer, in der die Besetzung der beiden Bewerke endgültig durchgeführt wurde. Die beiden Saffler der früheren Verwaltungsführer, es wurden ihre Nachfolger, die in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse alsünftig zu bezeichnen sind. Drei Mitglieder, die während der Generalversammlung gearbeitet haben, wurden an dem Verbande ausgeschlossen. Des weiteren wurde im October, der Punkt der Unterstützung abgelehnt. Sodann leitete sich die Generalversammlung nochmals mit dem Ausschlag des Reichspräsidenten Arbeit zu beschäftigen. Die vorhergehende Generalversammlung hatte fast einstimmig den Ausschlag über beschlossen. Der Hauptverband des Verbandes hat den Beschluß bestätigt. Wie jedoch zu erwarten war, hat Herr Oberl mehrere Anfragen gegen seine „Böcker-Kollektoren“ aufgeworfen und der Verbandssatzung hat dann auch den Beschluß der Reichsverwaltung aufgegeben. Die heutige Generalversammlung hat noch ausführlicher und weitaus weiter sehr erregter Diskussionen, in der die Reichsregierung und die abhängige von Stundpunkt hergeleiteten, einen Antrag abgelehnt, der die Entscheidung bis zum nächsten Verbandstag aufschoben soll. Die Saffler Berlin betrautet sich auch wieder als ausgeschlossen und wird seine Beiträge nicht annehmen.

Achtung Zimmerer! Die Litten die im Tiefbau beschäftigten Bauarbeiter, die durch den Schiedspruch ihren festgesetzten Lohn nicht erhalten, zu dem am Sonntag, vormittag 9 1/2 Uhr, im Hoelder Platz, Weberstraße 17, stattfindenden Tiefbauarbeiter-Versammlung sich im Garten zu versammeln.

Verband der Zimmerer Deutschlands, Poststraße Berlin und Umgebung.

Tarifabschluß für die Angestellten im Futter-Großhandel. In einer Versammlung der Angestellten referierte André vom Reichsverband über die Tarifverhandlungen mit dem Verein der Futterhändler. Der Referent möchte darauf aufmerksam machen, daß die Forderungen der Angestellten nicht ganz erfüllt wurden, aber trotzdem bei der heutigen wirtschaftlichen Krise die Organ-

isation die Annahme des Tarifvertrages empfahl. Nach längerer Debatte wurde der Tarifvertrag und die Verfahrensordnung zum Schiedsgericht einstimmig angenommen. Auskunft über diesen Tarifvertrag erteilt die Geschäftsstelle des Reichsverbandes der Angestellten, Post-Str. 7/10.

Groß-Berlin.

Die Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die amtlichen Feststellungen des Wahlergebnisses der Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin liegen vor. Danach haben die U. S. P. D. 87 Mandate, die S. P. D. 39, die Deutsche Volkspartei 10, die Deutschnationalen 26, die Demokraten 16, die Wirtschaftliche Vereinigung und das Zentrum je 8 und der Bund für Handel und Gewerbe ein Mandat erhalten. Gänzlich durchgefallen ist die nationale Frauenpartei des Fr. Bierke, die nicht ein Mandat erlangen konnte.

Eine dunkle Diebesaffäre.

Vor einigen Tagen hat ein Dieb namens Karl Herrmann in der Privatwohnung eines angeblichen Kaufmanns Schilde große Werte erbeutet. Viele ausländische Goldstücke, 20.000 Dummarebel, zwanzigtausend Mark, Bankauszüge verschiedener Banken, finnische Wriesswechsel und andere Wertpapiere sind dem Dieb in die Hände gefallen. Hoffentlich wird es der Kriminalpolizei gelingen, in der Verfolgung dieser Angelegenheit auch über die Geschäfte des angeblichen Kaufmanns Schilde näheres zu erfahren. Die Öffentlichkeit hat das größte Interesse, zu wissen, aus welchen Gründen ein Privatmann oder ein Konsortium ausländische Wertpapiere, Dokumente und Goldstücke in der Geheime einer Privatwohnung verbergen.

Der Rektor als Prügelpädagoge.

Zu der Prügelaffäre in der 68. Gemeindefürsorge, von der wir am Donnerstag berichtet, wird uns geschrieben, daß der Rektor vor den auf dem Schulhof stehenden Lehrern als Grund der vernünftigen Unbilligkeit des Schülers K. die „Verhältnisse von heute“ begründet habe. Als ob nicht in der geistigsten Pädagogie auch einmal ein Junges des Strägen begehen läßt. Was mag übrigens der Herr Rektor in diesem Zusammenhang unter den „Verhältnissen von heute“ verstehen? Der Klassenlehrer des ohne Grund geschickenen Knaben, ein Mitglied des sozialistischen Lehrerverbands, nahm nach einer Reue der A. K. für seinen Schüler Partei und meinte, es sei keine Zeit, einen Jungen von durchaus gutem Charakter in dieser Weise mit einem Mißbilligungsschlag zu bestrafen; Mißbilligungsschläge müßten nicht als Faust geschlagen werden. Er hat sich dafür noch Grobheiten sagen lassen müssen. Wir wissen nicht, ob Herr Rektor Brenner; grundsätzlich für alle Heberleistungen des Pädagogen gerechtes eintritt oder ob er nur sein eigenes Unrecht verteidigen hat, möchten aber dem Herrschel dieser Schule dringend raten, bei der Schulbehörde die Pensionierung und sofortige Verabschiedung des schlagartigen Rektors zu beantragen.

Die Erhöhung des Gaspreises.

Die neuerdings notwendig gewordenen neuen Ausgaben in den häßlichen Gaspreisen hat den Magistrat veranlaßt, eine Erhöhung des Gaspreises von 1 Mark auf 1,25 vorzuschlagen, um die Mehrausgaben durch Abnahme zu decken. Die Erhöhung dieser Vorlage kam am Donnerstag nicht zu Ende, da die Beschlussfähigkeit eintrat. Die Verwaltung verweist darauf, daß auch in anderen Städten eine ähnliche Erhöhung der Gaspreise habe eintreten müssen und daß sie an anderen Orten vielfach höher sind als in Berlin. Für die Berlin-Magistrat ist diese Veranschlagung sehr lächerlich. Schon bei den jetzigen Preisen machen die Gasconsumenten große Augen über die Monatsrechnung oder die Münzgebühren über die großen Nachzahlungen, die von ihnen verlangt werden.

Ein alter treuer Genosse, der vielen Berlinern bekannte Klempner Gustav Reumann in Weich, ist uns durch den Tod entfallen worden. Ein häßliches Schicksal hat ihn plötzlich auf Krankenlager geworfen, wo ihn nach wenigen Tagen der Tod ergriff. Schon in jungen Jahren bekannte er sich zur Sozialdemokratie, der er 38 Jahre ununterbrochen angehörte, und bei Gründung der U. S. P. war er einer der Ersten in unserer Reihe. Ein stiller, ruhiger, aber überzeugter Genosse, der bei allen Parteiarbeiten und in Versammlungen mit seiner Haltung nie fehlte, bis zum letzten Augenblick noch bei den letzten Wahlen hat er als ständiger Mitglied und Sammelmittel verteilt. Ein schickes Vorbild für jeden Arbeiter. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. — Die Beerdigung findet Dienstag nach 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Über zwei Millionen Zucker verfahren. Eine große Zuckerfabrikation ist vom Reichsverband in Verbindung mit der Reichszentrale ausgedacht worden. Es handelt sich um eine Unterabteilung von 1000 Tsd. Zucker durch die Firma Wolff u. Hefner, die als Vertreterin der Stadt Berlin die Aufstellung von Zucker an die einzelnen Firmen regelt. Sie hatte ein größeres Lager bei der Firma Stäge in der Invalidenstr. 120/21. Von dort aus hat nach und nach 1000 Tsd. Zucker an Privatleute

verkauft worden, die ungefähr 2 Millionen M. wert sind. Wie uns die Firma Stäge mitteilt, ist sie an der Schließung unbeteiligt, da sie nur ihre Lagerräume zur Verfügung gestellt hat und der Zucker nur auf Anweisung des jungen Hefner ausgegeben wurde. Am Montag früh wurde der junge Hefner verhaftet. Der Genosse der Firma, Wilhelm Hefner, hat auf die Nachricht von der Unterschlagung seines Sohnes Selbstmord begangen.

Verkehr zum Arbeitsparke. Bei dem zu erwartenden Andrang zum Stadionfest der Arbeiterturner am Sonntag wird die Hochbahn nach Bedarf bis zum Stadion durchfahren. Wir empfehlen nochmals frühzeitig nach dem Stadion zu fahren, um den Verkehr nicht bloß auf kurze Zeit zusammenhängend zu belasten. Mit der Stadtbahn ist folgende Zugverbindung zu empfehlen: 11.15, 12.13, 1.12, 1.55, 2.22 ab Bahnhof Charlottenburg bis Rembrandt. Weitere Verbindung bis Bahnhof Willeben, von dort 30 Minuten Fußweg.

Aus den Organisationen.

Die Delegierten zur Generalversammlung.

Die Vorstände der Organisationen und die Distriktsleiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Beschluß der Verbandsgeneralversammlung vom 2. April 1930 der Reorganisationsentwurf an die Mitglieder zurückverwiesen ist, und der Entwurf von Teltow-Beskow in Kraft bleibt. Demnach darf die Gewinnliste der Mandate 300 Delegierte nicht übersteigen. Es entschlössen somit auf Berlin-Stadt 120 Delegierte, Potsdam IV 80 Delegierte, Teltow-Beskow 70 Delegierte und Frankfurt 30 Delegierte. Die Zentralvorstandsmitglieder erhalten ihre Karten besonders. Der Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg.

Stadt Berlin. Sitzung der 15. Sitzung der Räte- und Gemeindefunktionäre Montag 7 Uhr bei Giesecke, Köpenicker Str. 74, 12. Bezirk. Sonntagabend 8 Uhr engere Besprechung bei Hoffmann, Pöcherer Straße 8.

17. Bezirk. Vorstandssitzung Montag, abends 7 Uhr, bei Renno, Brühlstr., 10. Bezirk. Vorstandssitzung Montag, abends 7 Uhr bei Renno, Brühlstr. 10.

Rechts. Die Bibliotheksbücher sind wegen Inventuraufnahme bis spätestens zum 1. Juli in der Bibliothek, Anger überstraße 20, abzugeben. — Heute, Sonntagabend, abends 7 Uhr, Sitzung des engeren Vorstandes. 18. Bezirk. Vorstandssitzung Montag, abends 7 Uhr, bei Renno, Brühlstr. 10.

Rechts. Sonntag vorm. 9 Uhr Generalversammlung der S. P. D. 17., 27., 28. und 36. Gemeindefürsorge auf dem Platz der Gartenhäuser, rechts der Kronprinzstr., am St. Stephan. Erscheinen der U. S. P. Mandatsträger erwünscht.

Sonntag. Kaufung der Mitglieder nach Familien des Bezirks am Sonntag, den 27. Juni, nach Pöcherer. Treffpunkt 8.30 Uhr am Bahnhof Charlottenburg, Eingang Grunewaldstraße. Nachzügler: Alter Hund, Pöcherer. Spielstätte.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Halle Kronprinzstr., 10. Bezirk. Vorstandssitzung. Erscheinen aller Kommisionen erwünscht.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag 9 Uhr Besichtigung des Armenhauses und Kirche beim Treffpunkt 10 Uhr am St. Stephan. Sonntag 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Hoffmann, Köpenicker Str. Tagesordnung: die Internationalen.

18. Bezirk. Dienstag 8 Uhr bei Giesecke, Grunewald Str. 7, wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre. Auch sind die älteren Parteigenossen dazu eingeladen.

18. Bezirk. Die Jugendreihe für die Oktober aus der Schule zur Entlassung kommen Kinder soll wieder mit 10 Eltern mit Rücksicht veranlaßt werden. Die Eltern, welche ihre Kinder daran teilnehmen lassen wollen, werden gebeten, die Anmeldungen sofort abzugeben, und zwar beim Gen. Kommiss. Friedrichstr. 99, und Genossin G. G. Friedrichstr. 122, wo der Anmeldebogen sofort beginnt.

Zustimmungskommissionenmitglieder der Expedition Bernst. Montag 7 Uhr Sitzung der in Frage kommenden Distrikte bei Hoffmann, Pöcherer Straße 1.

Bereinskalender.

Rechts. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle Hohenzollern. 10 Vortrag des Herrn Dr. P. Köpcke: Neues zur Geschichte der Uffizellen. Beginn: Ich große nicht (Gau mann). Gäste willkommen. — Vom 4. Juli bis 8 August kein Vortrag.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

18. Bezirk. Vorstandssitzung, Sonntag, den 28. Juni, 4 Uhr, im Pöcherer Casino, Pöcherer Straße 10. Oppositionelle Vorstand, Bezirk 1 und 2. Sonntag, 27. Juni, vorm. 4 1/2 Uhr, Zusammenkunft, bei Köpcke, Gellertstr. 14.

Städtische

Eigentümer



Bekleidungsstelle

Stadt Neukölln

Große Preisermäßigungen in Schuhwaren

bei der städtischen Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstraße 29

Damenschuhe

moderne Fassons, extra gute Robchevreaux- und Kindledersorten, Mk. 100.—

Herrenschuhe

gediegene Arbeit, prima Rindbox, kurze modeme Form. Mk. 115.—

Kinderschuhe

bequeme Form, dauerhafte Qualität von Mk. 44.— an

Geschäftszeit von 8-6 Uhr
Fachmännische Bedienung gewährleistet

Warenabgabe ohne Bezugsschein an jedermann
auch Nicht-Neuköllner